

Fragen

**für die Fragestunde der 114. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 1. Juli 2015**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 58	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	49, 50	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 57	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	36, 51
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	52, 53	Renner, Martina (DIE LINKE.)	1, 2
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 35	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 28
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	3, 22	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	31, 32	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 56	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8
Höger, Inge (DIE LINKE.)	41	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	4, 42	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	5, 55	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	29, 30
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	47, 48
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 54	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	15, 16
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	13
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Wie viele Quellenmeldungen des neonazistischen V-Mannes J. H. des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen liegen dem Bundesamt für Verfassungsschutz vor?

2. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Wann hat das Bundeskriminalamt bzw. der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof eine Vernehmung des neonazistischen V-Mannes J. H. im Rahmen der Ermittlungen gegen den so genannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) durchgeführt?

3. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Kann die Bundesregierung eine Unterstützung vonseiten des Bundesnachrichtendienstes oder anderer deutscher Nachrichtendienste an Spionageangriffen von US-amerikanischen Nachrichtendiensten auf die französische Regierung ausschließen, und, wenn nein, welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine deutsche Beteiligung (www.spiegel.de/politik/deutschland/bnd-half-beim-ausspionieren-der-franzoesischen-regierung-a-1031374.html und Ausschnitt aus der Bundespressekonferenz vom 24. Juni 2015, ab Minute 38:59 Sekunden auf www.youtube.com/watch?v=4yUu8ReVhM8&feature=youtu.be)?

4. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.) Welche Änderungen haben sich bezüglich der Planung und Durchführung von Maßnahmen des Bundesnachrichtendienstes, des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Bundespolizei mit ägyptischen Sicherheitsbehörden in Bezug auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/4915 ergeben (bitte angeben, ob die Kooperationen „Expertenaustausch auf Fachebene“ [Frage 8], Treffen der Staatsschutz-Abteilungsleiter von National Security Sector (NSS) und BKA zum Thema „Terrorismusbekämpfung“ [Frage 12], Schulungen zur Urkunden- und Dokumentensicherheit, Grenzkontrolle und Rückführungen [Frage 20], Schulungsmaßnahme zum Thema Luftsicherheitskontrolle [Frage 21] sowie „Hospitation von Vertretern des ägyptischen National Security Sectors bei der Absicherung von einem Fußballspiel“ [Frage 23] stattgefunden haben bzw. verschoben, gestrichen oder ersetzt wurden), und welchen Stand haben die Verhandlungen über ein polizeiliches Sicherheitsabkom-

men mit Ägypten (bitte angeben, wann es nach derzeitigem Stand unterzeichnet und bzw. oder dem Deutschen Bundestag zur Ratifikation vorgelegt werden soll)?

5. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung der Rechtsprechung (vgl. Oberlandesgericht [OLG] Stuttgart, Urteil vom 2. März 2010 – 4 Ss 1558/09 –, juris, Rn. 12; OLG Düsseldorf, Beschluss vom 1. Juli 2008 – 5 Ss 122/08 –, juris, Rn. 4), dass der Schutz durch Artikel 31 Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) grundsätzlich nicht schon dadurch verloren geht, dass eine Einreise aus einem Drittstaat, und nicht direkt aus dem Herkunftsstaat erfolgt ist, sofern der Drittstaat nur durchreist wurde und der Aufenthalt dort nicht schuldhaft verzögert wurde (bitte ausführlich begründen), und welche Informationen oder Einschätzungen hat die Bundesregierung dazu, wie viele der von der Bundespolizei festgestellten unerlaubten Einreisen wegen des Schutzes nach Artikel 32 Absatz 1 GFK letztlich nicht zu einer Verurteilung führten (bitte auch Einschätzungen fachkundiger Bediensteter berücksichtigen)?
6. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben, auch vor dem Hintergrund, dass der Journalist Ahmed Mansour nicht bereits bei seiner Einreise verhaftet wurde, deutsche Geheimdienste und bzw. oder Polizeibehörden ihn während seines Aufenthaltes beobachtet, und welche Erkenntnisse wurden hierbei gesammelt, die eine Verhaftung bei seiner Ausreise gerechtfertigt erscheinen ließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

7. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bestätigt die Bundesregierung, dass dem zuständigen Bundesamt für Justiz sowie dem Auswärtigen Amt zum Zeitpunkt ihrer Entscheidung im Fall Ahmed Mansour die über das Bundeskriminalamt an sie weitergeleiteten, für diesen Fall ausgesprochenen Warnungen von Interpol vorlagen, und wenn ja, von wem wurde gleichwohl von beiden Behörden offenkundig eine Festsetzung von Ahmed Mansour befürwortet (bitte begründen)?

8. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum antworteten das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie das Auswärtige Amt Anfang Januar 2015 auf die Anfrage des Bundeskriminalamtes zu dem Journalisten Ahmed Mansour trotz der bekannten Menschenrechtsslage in Ägypten, „dass gegen eine nationale Ausschreibung zur Festnahme keine Bedenken bestehen“, obwohl Interpol im Herbst 2014 nach dem ägyptischen Haftbefehl der deutschen Seite auch seine Bedenken zugeleitet hatte, dieser Haftbefehl missbrauche das Interpol-Instrumentarium und verstoße gegen das Verbot politischer Verfolgung (§ 6 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen – IRG) (www.sz-online.de vom 23. Juni 2015), und weshalb hat die Bundespolizei Ahmed Mansour erst am 20. Juni 2015 in Berlin festgenommen, aber nicht schon bei seiner vorherigen Einreise nach Deutschland aus Sarajewo am 16. Juni 2015?
9. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Inhalt sprach Ägypten am 18. Mai 2015 ein weiteres Fahndungsersuchen für Ahmed Mansour aus, und mit welchem Inhalt haben das Auswärtige Amt und das Bundesamt für Justiz dazu Stellung bezogen (bitte unter Angabe des Datums)?
10. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung angesichts dessen, dass Ägypten auf der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ auf Platz 158 von 180 Ländern (www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2015/Rangliste_der_Pressefreiheit_2015.pdf) steht zur Stärkung der Pressefreiheit und Verhinderung unrechtmäßiger Verfolgung und Verurteilung von Journalisten, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie viele weitere ausländische Journalistinnen und Journalisten in Deutschland aufgrund eines Auslieferungsersuchens festgenommen wurden?
11. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung dagegen, dass Journalistinnen und Journalisten in Zukunft nicht aus politischen Motiven festgenommen und ausgeliefert werden?

12. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Sorge unter anderem der Organisation „Reporter ohne Grenzen“, wonach autoritäre Regime zunehmend den internationalen Haftbefehl von Interpol missbrauchen, um politische Dissidenten weltweit aufzuspüren (www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/politisch-motivierte-festnahme-von-ahmed-mansur/), und wie will sie künftig vorgehen, um derlei Missbrauch vorzubeugen?
13. Abgeordneter
**Tom
Koenigs**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche personelle Ausstattung haben das Völkerstrafrechtsreferat beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof und die Zentralstelle für die Bekämpfung von Kriegsverbrechen und weiteren Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch beim Bundeskriminalamt seit ihren Gründungen im Jahr 2002 (bitte jeweils nach Jahren auflisten)?
14. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Staaten (weltweit) haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare durch Gerichtsbeschluss eingeführt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

15. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang sind in den zurückliegenden zehn Jahren seitens der KfW Bankengruppe die Dividenden aus den Aktienbeständen der Deutschen Post AG an den Bund abgeführt worden (bitte in Euro – absolute Summe und Jahresdaten – nennen), und sind für den Bundeshaushalt Einnahmen aus den Dividenden der oben genannten Aktienbestände für das Jahr 2015 und danach eingeplant bzw. in der Finanzplanung vorläufig veranschlagt (wenn ja, bitte diese nennen)?
16. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Entspricht es den Interessen des Bundes als Anteilseigner der Deutschen Post AG (vermittelt über die KfW Bankengruppe), den Gewinn und die Dividende der Deutschen Post AG zu erhöhen, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus für den lang anhaltenden Arbeitskonflikt bei der Deutschen Post AG?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

17. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung im Sinne von Artikel 8 der Behindertenrechtskonvention, um das Leben von Menschen mit Down-Syndrom in seinen positiven Aspekten sichtbar zu machen, und in welchem Ausmaß kommen bei diesen Maßnahmen bzw. in den entsprechenden Publikationen Menschen mit Down-Syndrom selbst zu Wort?
18. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Berufsausbildungen zum Busfahrer und Lokomotivführer wurden in den Jahren 2013 und 2014 sowie bislang im Jahr 2015 durch die Bundesagentur für Arbeit erfolgreich gefördert (gemeint sind hier die erworbenen Lizenzen zum Steuern der Fahrzeuge), und wie viele dieser neu ausgebildeten Fachkräfte arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung heute als Busfahrer bzw. Lokomotivführer?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

19. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung bislang bei Sitzungen des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (SC PAFF) (bzw. dem Vorgängergremium StALuT bzw. SCoFCAH) zu den seit dem Jahr 2013 vorliegenden EFSA-Leitlinien (EFSA – Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) zur Risikobewertung von Pflanzenschutzmitteln in Bezug auf Bienen („Guidance on risk assessment of plant protection products on bees“) kritisch positioniert, und welche Position (mit welcher Begründung) hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bezüglich der Verabschiedung bzw. Inkraftsetzung der genannten Leitlinien vertreten?
20. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Durch welche Personen bzw. Mitglieder welcher Fachabteilung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wird Deutschland aktuell im SC PAFF (früher SCoFCAH bzw. StALuT) im Regelfall bei Tagesordnungspunkten mit Bezug zu Fragen der Bienengesundheit im Zusammenhang mit Pflanzenschutzmitteln bzw. im

Kontext zu den EFSA-Leitlinien zur Risikobewertung von Pflanzenschutzmitteln in Bezug auf Bienen („Guidance on risk assessment of plant protection products on bees“) vertreten, und welche namentlichen Vertreter bzw. Abteilungen der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (DG SANTE) sind nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell im SC PAFF für die genannten Bereiche zuständig?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

21. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche weiteren Vorbereitungsaktivitäten (Stufe 2) zur Wiederinbetriebnahme des EURO HAWK Full Scale Demonstrators (FSD) sind geplant, und welche Kosten fallen für die Stufen 2 und 3 zusätzlich an (bitte einzeln aufschlüsseln, vgl. Ausschussdrucksache 18(12)421)?
22. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Steht die in der gemeinsamen Erklärung der NATO-Ukraine-Kommission (www.nato.diplo.de/contentblob/4316738/Daten/4579634/gipfelerklaerungwalesukraine.pdf) von September 2014 zugesagte Unterstützung der Ukraine beim Aufbau militärischer Kapazitäten nach Meinung der Bundesregierung im Widerspruch zu der vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, und in welchem Rahmen hat die Bundesregierung etwaige Auswirkungen der von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Vorfeld des NATO-Treffens in Brüssel angekündigten Verdoppelung der so genannten Schnellen Eingreiftruppe auf 30 000 bis 40 000 Soldaten analysiert (www.tagesschau.de/ausland/nato-verteidigungsminister-101.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

23. Abgeordnete
**Kordula
Schulz-Asche**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung hat Deutschland als einziges Land der Europäischen Union im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) am 19. Mai 2015 der teilweisen allgemeinen Ausrichtung zur Medizinprodukte-Verordnung seine Zustimmung verweigert, und welche

Rolle spielten dabei von den anderen Ländern geforderte zusätzliche Prüfverfahren für Medizinprodukte der Risikoklasse III?

24. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wieso hat sich die Bundesregierung im Rat dem Vorschlag des Europaparlaments, dass Hochrisiko-Medizinprodukte und Implantate von „besonderen benannten Stellen“, die höhere Anforderungen z. B. an die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen müssen, nicht angeschlossen, und wie will sie anderweitig sicherstellen, dass Medizinprodukte der Klasse III im Interesse der Patientensicherheit ausschließlich von ausreichend qualifizierten „benannten Stellen“ bewertet werden?
25. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird der Monitor Patientenberatung der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) wie jedes Jahr am 1. Juli veröffentlicht, und wenn nein, warum nicht?
26. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen will die Bundesregierung bis zur Überarbeitung des Bewertungssystems für Pflegeeinrichtungen jetzt doch an der Veröffentlichung der Pflegenoten festhalten, obwohl die Pflegenoten selbst nach Meinung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung nicht aussagekräftig sind und „flächendeckend ‚Sehr-gut‘-Gesamtnoten vergeben werden, selbst wenn wichtige Kernbereiche der Pflege allenfalls ‚ausreichend‘ sind“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Juni 2015 „Pflege-TÜV wird reformiert“)?
27. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung bis zur Überarbeitung des Bewertungssystems für Pflegeeinrichtungen gewährleisten, dass Pflegebedürftige und deren Angehörige sich ein aussagekräftiges Bild von einzelnen Pflegeeinrichtungen machen können und nicht von einer guten Gesamtnote über Defizite in der Pflege getäuscht werden?
28. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass während der Schwangerschaft Anpassungen in der medizinischen Betreuung vorgenommen werden, nachdem mit der vorgeburtlichen Blutuntersuchung der Verdachtsbefund Trisomie 21 erhoben

wurde (bitte Art der Anpassung und Häufigkeit angeben), und wie oft wird nach Kenntnis der Bundesregierung in der Praxis typischerweise der in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/4574 beschriebene medizinische Zweck einer nichtinvasiven molekulargenetischen Pränataldiagnostik (NIPD) realisiert, dass der erhobene Befund eine Anpassung der medizinischen Betreuung der Schwangerschaft und der von Geburt an erhöhten gesundheitlichen Risiken für das ungeborene Kind ermöglicht?

29. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist der „Pränatest“ aus Sicht der Bundesregierung in der Lage, invasive Diagnostik zu ersetzen, wenn die Hersteller selbst angeben (siehe www.lifecodexx.com/faq), dass das Testergebnis immer mittels invasiver Diagnostik abgesichert werden soll?
30. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Welche der nach Angaben der Bundesregierung „vielfältigen Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung“, mit denen sie auf ein sich wandelndes gesellschaftliches Verständnis von Behinderung zielt (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/4574), thematisieren explizit vorgeburtliche Untersuchungen auf mögliche Beeinträchtigungen des Kindes und auf die in diesem Zusammenhang möglicherweise bestehenden Vorbehalte, ein Kind mit Beeinträchtigung zu bekommen, und wie begründet die Bundesregierung, dass die Auseinandersetzung mit den ethischen Folgen des „Pränatests“ Aufgabe des Gesetzgebers und nicht auch Aufgabe der Bundesregierung sei (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 7b der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/4574)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

31. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- An wie vielen Tagen im Jahr wurde nach Kenntnis der Bundesregierung im Zeitraum der Jahre 2010 bis 2014 eine Fahrrinntiefe von mindestens 1,60 Meter, von mindestens 2,00 Meter sowie von 2,30 Meter auf der Elbe gemessen?

32. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang könnten sich nach Auffassung der Bundesregierung die Tage mit Mindestfahrrentiefen auf der Elbe von 1,60 Meter, 2,00 Meter und 2,30 Meter durch den Bau der in Rede stehenden Staustufe bei Decín/Tschechische Republik durchschnittlich erhöhen?
33. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vereinbarungen wurden auf dem „Krisengipfel“ am 25. Juni 2015 unter Beteiligung der DB Netz AG, des Eisenbahn-Bundesamts und Vertretern des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) getroffen, um doch noch die Anforderungen für die Zulassung der Festen Fahrbahn der Bauart Porr auf den Brücken der Hochgeschwindigkeitsstrecke Erfurt–Halle/Leipzig zu erfüllen, und wie erfolgt der Nachweis der Dauerfestigkeit der eingesetzten Konstruktion?
34. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unter welchen Auflagen kann die Neubaustrecke Erfurt–Halle/Leipzig zum Fahrplanwechsel im Dezember 2015 in Betrieb genommen werden, und mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet die Bundesregierung?
35. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vor- und Nachteile sieht die Bundesregierung bei einem Trassenpreissystem für Schienenwege nach dem EU-Regelvorschlag (siehe Richtlinie 2012/24/EU), das auf Basis von Grenzkosten strukturiert ist, gegenüber dem Vollkostenansatz, welcher in dem derzeit in der Beratung der Bundesregierung befindlichen Entwurf zum Eisenbahnregulierungsgesetz vorgeschlagen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

36. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang wurden in den letzten fünf Jahren Finanzhilfen des Bundes, die im Rahmen der Städtebauförderung gewährt werden, auch zur Förderung von Sportstätten eingesetzt?

37. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben die beiden in meiner Mündlichen Frage 22 auf Bundestagsdrucksache 18/5160 genannten Gutachter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit diesem ihren konkreten Informationsbedarf zum Atomkraftwerk Gundremmingen schriftlich übermittelt (ggf. bitte mit Angabe des Datums), und um welche anzulegenden Randbedingungen genau handelt es sich bei denjenigen, die sich laut der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Florian Pronold, auf meine oben genannte Frage im heutigen Regelwerk gegenüber dem zur Errichtungszeit geltenden Regelwerk geändert haben (bitte vollständige Angabe; vgl. Plenarprotokoll 18/111, Anlage 18)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

38. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann soll über den Verlängerungs- und Aufstockungsantrag zur Förderung des Vorhabens TARGET der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen entschieden werden (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Stefan Müller, auf meine Mündliche Frage 24, Plenarprotokoll 18/108, S. 10350 f. sowie Nichtbeantwortung des betreffenden zweiten Teils dieser Frage), und ggf. welche Ergebnisse bzw. Erkenntnisse hat in diesem Kontext die angekündigte Klärung der für die Bundesregierung „nicht nachvollziehbaren“ Aussage(n) von Prof. Dr. Hans-Josef Allelein erbracht (vgl. Plenarprotokoll 18/108, S. 10351)?
39. Abgeordneter
**Dr. Harald
Terpe**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wurden bei der Entscheidung der Bundesregierung, die Entwicklung neuer Methoden zur nichtinvasiven Pränataldiagnostik seit dem Jahr 2000 mit insgesamt rund 1,65 Mio. Euro zu fördern (davon rund 225 000 Euro gezielt für die Entwicklung eines Tests auf Erkennung des Down-Syndroms), die gesellschaftlichen Folgen eines solchen Tests und die möglicherweise diskriminierende Wirkung mit berücksichtigt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass nach Angabe der Bundesregierung das Ziel der Förderung von kleinen und mittleren

Unternehmen (KMU) u. a. die „zukünftige Positionierung der antragstellenden Unternehmen am Markt“ war?

40. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wer waren die Mitglieder des unabhängigen Gutachtergremiums, das im Rahmen der Förderrichtlinie „KMU-innovativ: Biotechnologie-Biochance“ das LiveCodexx-Forschungsprojekt positiv bewertet hat, und von wem stammten die positiven „Ethikvoten“, die für den Förderentscheid durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung vorgelegen haben sollen (Antwort der Bundesregierung zu Frage 16 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/4574)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

41. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den aktuellen Stand des Wiederaufbaus der vom Hochwasser betroffenen Gebiete in Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien, und mit welchen Mitteln hat die Bundesregierung bislang zu diesem Wiederaufbau beigetragen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

42. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren zur „Pflege von partnerschaftlichen Beziehungen“, der „gesetzlichen Auftragserfüllung“ dienenden und „zentral organisierten Großveranstaltungen mit Vertretern ausländischer Nachrichtendienste“ hat die Bundesregierung ähnlich wie die jährliche Bewirtung auf dem Oktoberfest seit dem Jahr 2005 durchgeführt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 24, Anlage 20, Plenarprotokoll 18/111), und anlässlich welcher Gelegenheiten haben diese „auf Gegenseitigkeit“ beruhenden Einladungen bereits zu Gegenbesuchen des Bundesnachrichtendienstes auf ähnlichen „Großveranstaltungen“ von „Vertretern ausländischer Nachrichtendienste“ geführt (bitte Termin und Ort dieser Veranstaltungen benennen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

43. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung im Hinblick auf die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission zur vollen EEG-Belastung (EEG – Erneuerbare-Energien-Gesetz) der Industrie auf selbst produzierten Strom, und wann wird es dazu nach Ansicht der Bundesregierung eine Entscheidung geben?
44. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche möglichen europarechtlichen Bedenken sieht die Bundesregierung beim Vorschlag der IG BCE zum Aktionsplan Klimaschutz 2020 und dem damit verbundenen Vorschlag für eine Kapazitätsreserve für Braunkohlekraftwerke (www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article143027983/Gabriels-Kohle-Abgabe-steht-kurz-vor-dem-Scheitern.html), und wie sieht bezüglich der Umsetzung des Klimabeitrags bzw. IG BCE-Vorschlags der weitere Zeitplan aus (bitte unter Angabe der zu ändernden Gesetze bzw. Verordnungen bzw. sonstigen Regelungen)?
45. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass der angestrebte zusätzliche Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) tatsächlich zur Verringerung der CO₂-Emissionen des Kraftwerksparks beiträgt, wenn sie nicht gleichzeitig verbindlich für die Stilllegung CO₂-intensiverer Kraftwerke auf der Basis von Braun- oder Steinkohle in der entsprechenden Größenordnung sorgt, und welche konkreten Voraussetzungen müssen die zu fördernden KWK-Anlagen erfüllen, damit sie die von der Bundesregierung in die Diskussion gebrachte erhöhte KWK-Förderung in Anspruch nehmen können?
46. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den neuesten Untersuchungsergebnissen des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen (EKN) zu statistisch auffällig hohen Zahlen von Krebserkrankungen in Rotenburg (Wümme) (vgl. u. a.: www.lk-row.de/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=160&waid=27&design-id=0&item_id=0&modul_id=2&record_id=72278&keyword=0&eps=20&cat=0) und bereits länger bekannten, ebenfalls erhöhten Fallzahlen in der Samtgemeinde Bothel, vor dem Hintergrund, dass in diesen Regionen Erdgasförderung, zum Teil auch mittels Fracking, be-

trieben wurde, und welche Möglichkeiten sieht sie, zur Aufklärung der Ursachen und zur Vermeidung zukünftiger Fälle unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips beizutragen, auch vor dem Hintergrund von Studien aus den USA (vgl. u. a. Department of Health, New York State: A Public Health Review of High Volume Hydraulic Fracturing for Shale Gas Development, 2014: www.health.ny.gov/press/reports/docs/high_volume_hydraulic_fracturing.pdf), die einen Zusammenhang zwischen Gesundheitsproblemen und Erdgasförderung bzw. Fracking nahelegen?

47. Abgeordneter
**Hubertus
Zdebel**
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung einen möglichen Zusammenhang zwischen Fracking-Aktivitäten der Öl- und Gasindustrie und zunehmenden Krebsneuerkrankungen in Fracking-Regionen, angesichts der jüngst durch das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen veröffentlichten Studie (www.krebsregister-niedersachsen.de/dateien/aktuellesnews/pdf/Bothel_Nachbargemeinden/EKN_Bericht%20Nachbargemeinden%20SG%20Bothel_062015.pdf), und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
48. Abgeordneter
**Hubertus
Zdebel**
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, weitere Ergebnisse der Ursachenerkundung von erhöhten Leukämie- und Lymphomwerten in Fracking-Regionen abzuwarten, bevor sie durch eine gesetzliche Neuregelung einen Rechtsrahmen für den Einsatz der umstrittenen Gasförderungsmethode Fracking in Deutschland schaffen will?
49. Abgeordneter
**Herbert
Behrens**
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Ergebnis kamen die „von den zuständigen Landesgesundheits- und -bergbehörden“ durchgeführten Untersuchungen, mit denen nach Aussage der Bundesregierung vom 8. Oktober 2014 geklärt werden sollte, „ob die Aktivitäten der Erdgasindustrie in einem möglichen Zusammenhang mit den Krebsneuerkrankungen stehen“ (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 58 des Abgeordneten Hubertus Zdebel, Plenarprotokoll 18/56), und welche Umweltuntersuchungen zur Feststellung möglicher Ursachen der auffälligen Krebsraten in Rotenburg (z. B. Proben von Luft und Grundwasser in der Nähe von Bohrlöchern) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Erscheinen der durch das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen veröffentlichten Studie (www.krebsregister-niedersachsen.de/dateien/aktuellesnews/pdf/EKN_Bericht_SG%20Bothel_2014_09_11.pdf) durchgeführt?

50. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Misst die Bundesregierung dem präventiven Gesundheits- und Umweltschutz einen hohen Stellenwert bei, und wenn ja, mit welcher Begründung will die Bundesregierung die Anwendung der Fracking-Technologie gesetzlich ermöglichen, obwohl die Bundesregierung nach eigener Aussage „nicht einschätzen [kann], ob die Aktivitäten der Erdgasindustrie in einem möglichen Zusammenhang mit den Krebsneuerkrankungen stehen“ (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 59 des Abgeordneten Hubertus Zdebel, Plenarprotokoll 18/56) und somit einen Kausalzusammenhang nicht ausschließt?
51. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Welche neuen Ergebnisse bzw. Erkenntnisse wurden im Rahmen des Forschungsprojektes „Sportstätten im demografischen Wandel“ (Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie) gewonnen, und welchen Handlungsbedarf leitet die Bundesregierung daraus im Einzelnen ab?
52. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass etwa 300 von der Bundeswehr ausgemusterte Schützenpanzer vom Typ Marder von der bulgarischen Firma BIEC an die Ukraine verkauft wurden, und inwieweit kann die Bundesregierung sicherstellen, dass diese von Deutschland gelieferten Schützenpanzer vom Typ Marder, die angeblich ohne Bewaffnung an die Firma BIEC verkauft wurden, nicht zu militärischen Zwecken in wiederaufgerüsteter Version eingesetzt werden (www.lifenews.ru/news/154969)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

53. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über den in einem Artikel der türkischen Tageszeitung „Cumhuriyet“ vom 29. Mai 2015 beschriebenen Sachverhalt, in dem mittels Bildern von Videoaufnahmen über eine Waffenlieferung für islamistische Kämpfer in Syrien aus der Türkei Anfang 2014 berichtet wird, woraufhin die türkischen Behörden eine Nachrichtensperre über den Fall verhängt hatten und der Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan den Chefredakteur anzeigte und die türkische Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen „Cumhuriyet“ wegen Geheimnisver-

rats und Spionage einleitete, und inwieweit hat die Bundesregierung gegenüber ihrem NATO-Verbündeten Türkei diesen Sachverhalt thematisiert?

54. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Ansatz für die humanitären Krisen der höchsten Stufe (Level-3-Krisen), also für den Irak, Syrien, die Zentralafrikanische Republik und den Südsudan, innerhalb des Gesamtansatzes für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland (Titel 687 32) im Haushaltsplan 2015?
55. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Bundesländer haben inzwischen erklärt, dass sie beim Familiennachzug zu syrischen Flüchtlingen bereit sind, Globalzustimmungen zu erteilen und Verfahrenserleichterungen zu ergreifen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 27 auf Bundestagsdrucksache 18/4993), und warum ist die Bundesregierung nicht bereit, in der Türkei eine Visumbeantragung per E-Mail zu ermöglichen (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 29 auf Bundestagsdrucksache 18/5161), obwohl hiermit im Libanon gute Erfahrungen gemacht werden und die Wartezeit zur Vorsprache in der Türkei zuletzt auf bis zu einem Jahr angestiegen ist (Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 23. Juni 2015) und obwohl Artikel 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/86/EG vom 22. September 2003 insgesamt nur eine maximal neunmonatige Bearbeitungszeit zulässt (wovon Abweichungen nur bei schwierigen Antragsprüfungen, nicht aber aufgrund mangelnder Arbeitskapazitäten erlaubt sind, bitte nachvollziehbar darlegen)?
56. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass der Fall Ahmed Mansour, genauer das ägyptische Fahndungsersuchen, während des Besuchs des ägyptischen Präsidenten Al-Sisi in Berlin zur Sprache gebracht worden ist?
57. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann gab es Kontaktaufnahmen und mit welchem Inhalt seitens ägyptischer Behörden nach der Einreise Ahmed Mansours Mitte Juni 2015 nach Deutschland?

58. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung nach den Vorschlägen der deutsch-israelischen Schulbuchkommission zur Darstellung Israels und des Judentums unternehmen, und bis wann wird es eine Evaluierung vonseiten der Bundesregierung bezüglich der Umsetzung der Vorschläge geben?

